

Pressemitteilung

Mietwucher in Reinickendorf – systematischer Betrug durch Vermieter!

Die Linke im Bundestag betreibt einen Mietwucherrechner, mit dessen Hilfe Mieterinnen und Mieter einfach überprüfen können, ob ihr Vermieter sich durch völlig überhöhte Mieten strafbar macht. Ist dies der Fall, drohen Strafen für Vermieter, für Mietende bedeutet es die Rückzahlung von überhöhten Mieten und die unmittelbare Absenkung aktuell gezahlter Mieten.

Die bislang erhobenen Daten zeigen, dass in Reinickendorf systematisch Mieten verlangt werden, **die weit über dem rechtlich Zulässigen** liegen. Während die Bundespolitik unter Kanzler Merz den Mieterschutz vernachlässigt und die Berliner CDU sich von der Immobilienlobby finanzieren lässt, zeigt die Auswertung, dass **allein in den untersuchten Fällen** in Reinickendorf eine **monatliche Ersparnis von 678.739,72 €** möglich wäre, wenn die Mieten auf das rechtlich zulässige Maß gesenkt würden.

Jessica Gerke, Mitglied des Bezirksvorstandes, kommentiert:

„Viele Haushalte im Bezirk – insbesondere Alleinerziehende und Menschen mit geringem Einkommen – werden so schlichtweg ausgepresst. Wenn nur die bislang überprüften Fälle konsequent geahndet würden, hätten die betroffenen Reinickendorfer fast 700.000 Euro mehr im Monat für ihr Leben, für ihre Kinder und für den Wocheneinkauf übrig. Wir als Linke Reinickendorf unterstützen Mieterinnen und Mieter dabei, sich gegen diese Abzocke zu wehren. Denn wer die Notlage von Menschen so schamlos ausnutzt, gehört bestraft, nicht belohnt.“

Die Reinickendorfer Linke bietet Beratung für Mieterinnen und Mieter in ihrer Geschäftsstelle an; weitere Hilfsangebote finden sich auf heizkostencheck.app und mietwucher.app. Außerdem führt Die Linke regelmäßig auch Beratungsangebote im Bezirk durch; zuletzt am 03.03.26 am Kurt-Schumacher-Platz mit dem Sprecher für Wohnungspolitik der Linksfraktion Berlin, MdA Niklas Schenker.

—

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit unter felix.schulz@die-linke.de und 0160 933 53578 zur Verfügung.



Jessica Gerke (ganz links) und Niklas Schenker, MdA (links) bei der Open-Air-Mieterberatung Kurt-Schumacher-Platz, 03.03.26

Hintergrund

Was ist Mietwucher?

Gemäß der Gesetzeslage obliegt es den Wohnungsämtern, Vermietern, die 20% über der ortsüblichen Vergleichsmiete (OVM) verlangen, postalisch entsprechend auf diesen Umstand hinzuweisen und sie zum Absenken der Miete zu bringen (es liegt in diesem Falle eine Ordnungswidrigkeit vor). Bei Mieten von über 50% über der OVM liegt ein Straftatbestand vor (§ 291 StGB).

Ein entsprechendes Gesetz trat vor vielen Jahren in Kraft, wurde jedoch quasi nie angewendet: seit 2004 wurden jedoch nur Fälle in Frankfurt am Main geahndet, sonst sah man nirgends eine Notwendigkeit. In Berlin wurden Anträge der Linken von SPD und CDU noch 2023 abgelehnt, mit der Begründung, es gebe in Berlin keine Fälle von Mietwucher oder illegal überhöhten Mieten im großen Stil.

Deshalb entwickelte die Linke im Bundestag die Website mietwucher.app, die automatisiert Fälle an Wohnungsämter meldet. Bundesweit sind tausende Meldungen eingegangen. In Berlin

wurden als direkte Reaktion auf die Aktion der Linken 40 Stellen geschaffen (<https://taz.de/Kontrolleure-gegen-Mietwucher/!6137078/>). Auch wurde bereits Mieterinnen und Mietern Geld zurückerstattet und Vermieter zu Strafzahlungen verurteilt.

Verstrickungen der Regierungsparteien

Die größte Spendergruppe der Berliner CDU ist immer wieder die Immobilienlobby (zB <https://www.lobbycontrol.de/parteienfinanzierung/groener-spenden-an-die-cdu-parteien-verklaegt-den-bundestag-111311/>).

SPD und CDU weigern sich bis heute, den erfolgreichen Volksentscheid Deutsche Wohnen und Co. enteignen umzusetzen; selbst, nachdem die eigens von SPD und CDU eingesetzte Expertenkommission feststellte, dass dies machbar, finanzierbar und notwendig sei.

Nutzungsstand Mietwucher.app

Alle angegebenen Werte (außer OVM) beziehen sich auf die über die Website eingegangenen Meldungen im Zeitraum vom 31.10.2024 bis 10.03.2026.

Kennzahl (Metrik)	Reinickendorf	Berlin (Gesamt)
Anzahl der <u>Nutzungen</u> der App	3.584	102.749
Anzahl der <u>Meldungen</u> von Verdacht auf Mietwucher	131	4245
Durchschnittl. Nettokaltmiete der Nutzenden (€)	12,80€	13,98€
Durchschnittl. Nettokaltmiete der Meldenden (€)	12,91€	15,03€
Ortsübliche Vergleichsmiete bei Nutzenden (OVM) (€)	8,57€	9,35€
Ortsübliche Vergleichsmiete bei Meldenden (OVM) (€)	7,64€	8,67€
Durchschnittliche Überschreitung bei Nutzenden (%)	49,39%	49,52%
Durchschnittliche Überschreitung bei Meldenden (%)	69,12%	73,45%
Verdacht auf Mietwucher (§ 5 WiStG, > 20%)	2.479 Fälle	72.266 Fälle
Verdacht auf Mietwucher (§ 291 StGB, > 50%)	1.409 Fälle	43.163 Fälle
Mögliche monatliche Ersparnis der Nutzenden (gesamt)	678.739,72€	21.982.723,33€
Mögliche monatliche Ersparnis der Meldenden	28.564,32€	1.183.486,34€

Quelle: Interne Datenerhebung Mietwucher.app / Fraktion Die Linke im Bundestag